

Gleichstellungs-Check in Kürze

////////////////////////////////////



Zur Bundestagswahl 2017 stellt der Deutsche Frauenrat fest:

In der gleichstellungspolitischen Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl wird deutlich, dass eine bewusste Wahl erforderlich ist, um frauenpolitische Belange in den nächsten vier Jahren voran zu bringen. Alle Wahlprogramme – außer das der AfD – widmen der Gleichstellungspolitik eigene Kapitel. Der Deutsche Frauenrat (DF) begrüßt das als klares Zeichen für das Bekenntnis zur Frauenpolitik. SPD, LINKE und GRÜNE behandeln frauenpolitische Themen besonders umfangreich.

Die Relevanz der Regelungen für mehr **Partnerschaftlichkeit** zwischen Frauen und Männern ist vor allem der SPD, LINKEN und GRÜNEN bewusst. Die Lösungsansätze zu Arbeitszeitmodellen liegen jedoch noch weit voneinander entfernt. Hier fehlt bislang ein gemeinsamer gleichstellungspolitischer Nenner.

Eine zentrale Forderung des DF ist die Abschaffung des derzeitigen **Ehegattensplittings**. SPD, LINKE und GRÜNE haben dazu gleichstellungspolitisch förderliche Lösungsansätze in ihren Programmen formuliert. Würde Rot-Rot-Grün in der Regierung vertreten sein, wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es zur einer Reform des Ehegattensplittings kommen wird.

Seit Jahren fordert der DF, die **Minijobs** in die Sozialversicherungen einzubeziehen. SPD, LINKE und GRÜNE planen dies bei Einführung einer Erwerbstätigen- oder Bürgerversicherung für die Alterssicherung, jedoch ohne eigene Kranken- und Pflegeversicherung. CDU/CSU und FDP wollen die Minijob-Verdienstgrenze sogar noch ausweiten.

Die zentrale Forderung des DF nach einem **geschlechtergerechten Bundeshaushalt** findet immerhin bei der SPD Unterstützung.

Für den DF sind die Weiterentwicklung des **Entgelttransparenzgesetzes** und das **Rückkehrrecht auf Vollzeit** Forderungen, die in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden müssten. Die Union, SPD, LINKE und GRÜNEN sprechen sich in ihren Programmen dafür aus. Deshalb wird es mit großer Wahrscheinlichkeit in der nächsten Wahlperiode eine parlamentarische Mehrheit für diese Themen geben. Aus frauenpolitischer Perspektive sollte es keine Parlamentsbeteiligung der AfD geben. Sie hat laut ihrem Programm kein Interesse an einer geschlechtergerechten Gesellschaft.

Der DF appelliert: Wählen Sie die Parteien, die für eine gleichberechtigte Gesellschaft stehen!